

will. Nachher kann ich einige Beispiele im Hinblick auf Widerstand und diese Dinge nennen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Finn, darf ich Sie bitten?

Gerhard Finn: Ich mache es genauso kurz. Ich bin Jahrgang 1930, habe von 1945 bis 1948 hier in Jena im Amtsgerichtsgefängnis und dann in Buchenwald gesessen, bin herausgekommen, habe die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit mit gegründet, habe dort etwa acht oder neun Jahre mitgearbeitet und bin anschließend in Hannover und Bonn journalistisch tätig gewesen. 1965 bin ich in das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen eingetreten und war dort bis zur Auflösung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen – das ist dann umbenannt worden – jahrelang Pressereferent. Danach bin ich ins Bundesinnenministerium gekommen. Zur Zeit bin ich dort beurlaubt und arbeite hier als Referent in der CDU-Arbeitsgruppe der Enquete-Kommission mit.

Ich hoffe, daß ich sehr viel über den Widerstand der Kampfgruppe sagen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Sie haben aus den Lebensdarstellungen unserer vier Zeitzeugen gesehen, welche Schwerpunkte wir hier setzen können, das heißt wo ihre Erfahrungen liegen. Es sind teilweise Erfahrungen in Organisationen, wie sie hier Herr Wolfram und Herr Prusko einzubringen haben; es sind darüber hinaus aber auch Erfahrungen aus der Jugendarbeit. Es geht also um Bereiche, die, wenn Sie an den Vortrag von Herrn Fricke denken, beim Thema Opposition und Widerstand immer eine große Rolle gespielt haben, also zum einen der organisierte Widerstand von Parteien und Organisationen, zum anderen aber vor allem Jugendwiderstand werden hier abgedeckt. Selbstverständlich bleiben eine ganze Reihe von offenen Problemen.

Mein Vorschlag wäre, daß wir so anfangen, daß Herr Wolfram und Herr Prusko zunächst erklären, wie in ihren Organisationen der Prozeß der Verdrängung demokratischer Strukturen stattgefunden hat, wie also auf der einen Seite, wie wir schon gehört haben, der FDGB als eine Einheitsgewerkschaft entstand, aber doch dominiert durch Kommunisten, und zwar einfach deswegen, weil in der Phase, die wir hier behandeln, die Sowjetische Militäradministration letztendlich allein die Befehlsgewalt hatte. Wir sollten dann versuchen, die Erfahrungen wiederzugeben, die wir in der CDU im konkreten Falle vor Ort haben. Vielleicht können wir mit Herrn Prusko anfangen.

Georg Prusko: Als ich aus der Gefangenschaft kam, wollte ich mit der Politik nichts mehr zu tun haben. Ich wollte nicht einmal in die Freiwillige Feuerwehr. Ich bin dann aber im Betrieb in die CDU-Betriebsgruppe hineingerutscht, ohne daß ich es richtig wollte.

Als ich fünf Monate dort war, ging es um die Aufstellung der Kandidaten

für die BGL-Wahl. Ich war damals 23 Jahre alt und hatte keine Lust zu kandidieren, weil ich keine Ahnung von der Politik hatte. Die Kollegen haben mir aber gesagt: „Du mußt kandidieren, denn wenn die CDU einen weniger aufstellt, dann kommt ein SED-Mann dazu. Vor allen Dingen brauchen wir einen jungen Mann.“ Das waren nämlich alles ältere Herren. Ich habe gesagt: „Na ja, da kann nichts passieren, ich bin erst ein halbes Jahr im Betrieb“ – da waren knapp 4 000 Angestellte –, „also könnt ihr mich ruhig aufstellen.“

Ich bin also aufgestellt worden. Die SED hatte damals folgendes gemacht, und deshalb erzähle ich das: Sie hatte eine Kandidatenliste vorgeschlagen, auf der immer die ersten drei Kandidaten SED-Leute waren, Nr. 4 CDU, Nr. 5 LDP. Man hatte damit gerechnet, daß erstens die Kandidaten nicht bekannt seien, daß zweitens die Leute bequem seien und die ersten 14 anstreichen würden, was bedeutet hätte, daß neun Mitglieder von der SED und fünf von CDU und LDP gestellt worden wären.

Es passierte aber folgendes: Am Tage der Wahl ging von Tisch zu Tisch die Parole „Wählt nicht die Roten“ – teilweise hat man gesagt: „die roten Generale“ –, „sondern wählt das Einmaleins mit der Vier und mit der Fünf“. – Ich selbst hatte gar nicht mehr an die Wahl gedacht. Um drei war die Wahl zu Ende. Alle fünf CDU-Leute und alle vier LDP-Leute sind gewählt worden, und die SED hat auch nur fünf gehabt. Es ist also genau umgekehrt gewesen.

Hier hat man gesehen, daß die Belegschaft genau gewußt hat, was sie macht, und nicht bereit war, die SED-Leute zu wählen. Das war das eine.

Das zweite kam gleich hinterher. Man hat zu mir gesagt: „Sie sind jetzt 23 Jahre; Sie müssen jetzt die Jugendarbeit organisieren.“ – Na ja, mir blieb nichts anderes übrig.

Um keine Politik zu machen, habe ich eine Spielgruppe und eine Instrumentengruppe im Betrieb aufgebaut – der Betrieb hat es bezahlt – und habe da gearbeitet.

Ein halbes Jahr später kam der Parteisekretär und sagte: „Herr Kollege, so geht das nicht! Sie machen nur Kultur, Sie machen keine Politik!“ – Darauf sagte ich: „Ich habe keine Ahnung von der Politik.“ – Da sagte er: „Ich werde Ihnen helfen.“ – Also hat er vorgeschlagen, vor der Jugend drei Vorträge über den dialektischen und historischen Materialismus zu halten. Die Kollegen, die mich in der Jugendarbeit unterstützt haben, haben gesagt: „Laß den mal reden!“ – Dann bin ich zur CDU. In Dresden war damals Wolfgang Ulrich, der spätere Direktor des Dresdner Zoos, Vorsitzender der CDU. Er sagte: „Laß ihn das machen, hinterher halte ich von der CDU aus drei Vorträge.“ – Und da hat er also in den drei Vorträgen alles wieder kaputtgemacht, was der SED-Sekretär aufgebaut hatte.

Genauso war es bei der Wahl. Ich wollte mich nicht zur Wahl stellen. Ich

habe mich dann gestellt. Der SED-Vertreter der Jugend hat ungefähr 25 % der Stimmen bekommen, und ich habe 75 % bekommen.

Eine weitere Frage, die auch hier hineingehört, ist, wie die Ortsverbände der CDU damals politisch funktioniert haben. Der Kreisverband Dresden der CDU hatte damals 7.000 Mitglieder. Wenn wir die Zahlen von heute hören, wissen wir, daß das eine hohe Zahl war. Als Geschäftsführer mußte ich ja praktisch die Leute betreuen. Ich bin also von Ortsverband zu Ortsverband. Damals gab es von Berlin, von Otto Nuschke, bereits jeden Monat ein Thema, über das ein Vortrag gehalten werden mußte. Das ist folgendermaßen gelaufen: Wenn ich in einen Ortsverband kam – ich kannte ja meine Vorsitzenden –, dann stand der Vorsitzende schon an der Tür und sagte: „Heute ist die Luft rein, heute kannst du frei reden, so wie es ist.“ – Oder er hat gesagt: „Hier sind zwei fremde Leute im Saal, die kenne ich nicht, also halte dein übliches 08/15-Thema.“

So haben wir also in den Verbänden den Kontakt gehalten. Damals, 1951/52, als es die große Verhaftungswelle bei den Bauern gab, bestand noch die Möglichkeit, daß man als Geschäftsführer und damit als Mitglied des sogenannten Demokratischen Blocks zum Staatsanwalt ging und versuchte, für diese Leute etwas herauszuholen. Viel ist dabei nicht herausgekommen, aber einiges konnte man doch verändern.

Adam Wolfram: Nach meiner Ansicht begann die Diktatur der SED und der Kommunisten in Mitteldeutschland mit der Deklaration der Alliierten am 5. Juni 1945, in der sie der jeweiligen Besatzungsmacht für ihr Besatzungsgebiet volle Souveränität zusprachen. Von diesem Zeitpunkt an war die Besatzungsmacht die oberste Gewalt in ihrem Gebiet. Alles, was sie befahl, war Gesetz. Die deutschen Gesetze waren aufgehoben, für ungültig erklärt, und an die Stelle der Gesetze trat nun der Befehl der Besatzungsmacht.

Marschall Schukow erließ als Befehl Nr. 1 die Mitteilung an die Bevölkerung der Sowjetzone, daß er für seinen Bereich die Sowjetische Militäradministration mit dem Sitz in Berlin eingerichtet habe und alle Geschehnisse in diesem Besatzungsgebiet nach den Befehlen dieser Stelle durchzuführen seien.

Wir waren ja von Jugend auf gewohnt, die Gesetze als Rechtsgrundlage unseres gesellschaftlichen Lebens anzusehen, aber das galt jetzt nicht mehr. Jetzt galt nur noch der Befehl, und hinter dem Befehl standen die Panzer und Maschinenpistolen der Besatzungstruppen. Jeder Versuch, den Befehl zu umgehen, zu unterlaufen oder nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit härtesten Strafen verfolgt.

Die Besatzungstruppe bzw. die Administration hatte eine eigene sowjetische Besatzungsgerichtsbarkeit eingeführt, die sogenannten Sowjettribunale. Diese behandelten alle Straftaten. Verstöße gegen die Befehle, Sabotageakte, Spionage, Verleumdungen der Besatzungsmacht – das waren so die vier Hauptbereiche, für die dieses sowjetische Tribunal zuständig war. Es tagte

geheim. Über die Urteile, ihre Begründung usw. erfuhr die Öffentlichkeit nichts.

Um nur ein krasses Beispiel zu sagen: Ein alter Freund von mir mit Namen Fritz Drescher war bereits bei den Nazis wegen illegaler politischer Arbeit für die Sozialdemokraten vier Jahre im Zuchthaus. Er war nach 1945 Vizepräsident der Bezirksregierung in Merseburg. Nach der Auflösung der Regierungsbezirke wurde er Landesforstinspekteur, also der höchste Beamte der Landesforstverwaltung in Sachsen-Anhalt. Er hat die Vereinigung von KPD und SPD auf Grund der Erfahrungen der früheren Jahrzehnte begrüßt. Für dieses Eintreten für die Einheit mußte er sehr, sehr bitter bezahlen. 1948 hat er in einer Rede an seine Verwaltungsangestellten die Maßnahmen der Besatzungsmacht kritisiert und den Raubbau, der teilweise in den Wäldern unseres Landes durch die Besatzungsmacht getrieben wurde, und vor allen Dingen die Jagdausübung während der Schonzeit des Wildes offen angeprangert. Kurze Zeit später lag er im Krankenhaus, um sich auszukurieren. Da kamen ein paar Russen, holten ihn aus der Krankenstube und sperrten ihn im „Roten Ochsen“ ein. Er saß mehr als ein halbes Jahr in Untersuchungshaft und kam dann vor das Tribunal. Das Tribunal fällt das Urteil „dreimal 25 Jahre Zwangsarbeit“, nämlich einmal für Spionage, einmal für Untergrundbewegung und einmal für Verleumdung der Besatzungsmacht.

Er kam dann von Halle nach Bautzen, hat zwei oder drei Jahre in Bautzen gesessen, wurde dann von dort nach Workuta in Sibirien in das berüchtigte Lager eingeliefert und mußte im Bergbau arbeiten. Er war von Beruf Kaufmann. Die Familie hat mehr als drei Jahre lang keine Ahnung gehabt, ob der Vater noch am Leben war oder nicht. Erst nach vier Jahren kam aus Workuta eine Postkarte mit der Nachricht, daß er noch lebe.

Er kam dann 1958 halbtot, schwer herzkrank und mit offener Tuberkulose zurück. Wir trafen uns dann in Düsseldorf wieder. Ich kann Ihnen sagen, der Mann wog noch 90 Pfund, als er zurückkam. Er hat 14 Jahre seines Lebens hinter Gittern gesessen, zuerst bei den Nazis, dann bei den Kommunisten und dann bei den Russen.

Das sind Schicksale, die keine Einzelfälle sind. Ich könnte ihnen an den Fingern beider Hände ähnliche Fälle aufzählen, in denen Menschen, die für die Bevölkerung, für eine demokratische Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens und für die Einheit eintraten, einfach weggeholt wurden und dann dafür zum großen Teil mit Zuchthaus oder gar mit dem Leben bezahlten.

Was taten wir in den Organisationen? Ich habe eingangs bereits erklärt, daß unser Bestreben dahin ging, den Menschen, die wir als Organisation und dann auch als Partei zu betreuen hatten, zu helfen, das Leben zu meistern. Es fehlte doch an allen Ecken und Enden.

Da kam ein Anruf von meinen Kollegen aus Stendal. In der Nacht waren sowjetische Truppen in die Stadt eingedrungen, hatten Fenster und Türen

eingeschlagen und die Frauen und Mädchen vergewaltigt. Ja, was machst du nun? Du bist Gewerkschaftler! Das war eine Aufgabe, die ich allein nicht lösen konnte. Da bin ich zum Ministerpräsidenten Professor Hübener gegangen und habe gesagt: „Herr Ministerpräsident, wir müssen da etwas unternehmen; das gibt eine Revolte dort; die Männer weigern sich, in der Nacht auf Arbeit zu gehen, weil sie ihre Familien vor Überfällen usw. bewahren wollen.“

Dann sind wir beide zum General. Der General wurde fuchsteufelswild und sagte: „Kommen Sie mit, wir fahren alle nach Stendal!“ – Da sind wir mit dem General nach Stendal gefahren. Dort stellte sich heraus, daß das nicht die Truppen der Kommandantur waren, sondern Truppen, die in den Wäldern an der Grenze biwaktierten. Sie hatten aus Übermut diese Streiche begangen.

Es wurde mit Berlin telefoniert, und dann kam die ganze Generalität in sein Zimmer. Der General sagte zu den Vertretern aus der Bevölkerung: „Meine Herren, sagen Sie Ihren Leuten, sie sollen ihre Arbeit wieder aufnehmen und Ruhe bewahren; die Truppen werden abgezogen, und wenn die Täter gefunden werden, werden sie hart bestraft.“ –

Ich habe zu Wilhelm Treumann gesagt: „Also schön, das ist noch einmal gutgegangen, ihr werdet jetzt Ruhe haben; aber sorgt dafür, daß jetzt nicht noch ein Durcheinander kommt, sonst wird es schlimm!“ – Aber das lief dann. Ob sie die Täter gefunden haben, weiß ich nicht.

Dann ein Streik in einer großen Maschinenfabrik in Burg bei Magdeburg. Zwei Offiziere kommen in mein Büro: „Du mitkommen, streiken!“ – Ich sagte: „Nein, da bin ich nicht zuständig, ich bin für Wirtschaft zuständig, Politik ist 1. Vorsitzender.“ – „Nix 1. Vorsitzender, du mußt mitkommen!“ –

Was blieb mir übrig? Da bin ich mitgefahren nach Burg. Dort stand die ganze Belegschaft. Ich fragte: „Was ist denn los bei euch?“ – Die Antwort: „Wir kriegen nichts zu futtern, kein Brot, ein Fett, keine Wurst, nichts! Mit leerem Magen können wir nicht mehr arbeiten! Macht mit uns, was ihr wollt!“ – Da bin ich dann mit den Offizieren hineingegangen und habe gesagt: „Also, die Leute müssen etwas zu essen haben! Wenn sie nichts zu essen haben, können sie nicht arbeiten!“

Jetzt ans Telefon. Da wurden das Versorgungsamt in Wanzleben und ein oder zwei weitere Versorgungsämter angerufen. Sie sollten jetzt Lebensmittel zusammenholen. Ein paar Lastwagen wurden weggeschickt. Mittags um 2.00 oder 3.00 Uhr kamen die Lastwagen vollbeladen mit Fleisch, Wurst, Fett und Schmalz. Das wurde dann verteilt. Ich habe die Arbeiter dann gefragt, ob sie jetzt wieder arbeiten. „Ja“, sagten sie, „jetzt arbeiten wir wieder.“

Sehen Sie, das sind Kleinigkeiten, aber die Menschen waren froh, daß sie wieder arbeiten konnten. Sie waren auch froh, daß sie etwas zu essen hatten. Aber daß das in den anderen Kreisen weggeholt wurde und die Leute dort die gleiche Not litten, das hat keiner gesagt.

Solche Dinge sind natürlich sehr oft passiert.

Eines will ich noch sagen, was den Widerstand anbetrifft. 1947 bekam ich einen Anruf von Berlin, mich morgen gegen Mittag im Büro des Zentralsekretariats einzufinden. Ich fahre los und komme dorthin. Da kommen Ulbricht und Max Fechner, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Der Ulbricht fängt an, mir einen Vortrag über die Schwierigkeiten der Personalbesetzung zu halten. Die Zentralverwaltungen, die geschaffen worden waren, konsumierten sehr viele Leute. Und er sagte: „Du sollst also Vizepräsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung werden.“

Der LDP-Mann, der vorher Vizepräsident der Zentralverwaltung war, war gerade vor ein paar Tagen verhaftet worden. Das war der vierte innerhalb von zwei Jahren, der auf diesem Posten saß und geschleudert wurde. Ich sollte wahrscheinlich der fünfte sein.

Ich habe gesagt: „Nix, mache ich nicht.“ Da haben sie mich beknielt. Am Abend kamen dann Pieck und Grotewohl und wollten mich zwingen. Der Pieck schmunzelte: „Adam, das ist doch eine Ehre für dich, wenn wir dir einen solchen Posten anbieten, und du kannst eine solche Funktion ausüben!“ Ich sagte: „Ja, ja, das kenne ich.“ Und als ich immer noch den Kopf schüttelte, sagte er: „Das ist ein Parteibefehl. Du hast den Parteibefehl, und als Parteimitglied mußt du den befolgen!“ Ich sagte: „Ja, aber nur dann, wenn ich fähig bin, diesen Posten zu bekleiden; und dazu bin ich nicht fähig. Das kann ich nicht.“

Die ganze Nacht haben sie mich beknielt, und ich habe nein gesagt. Und damit war meine Verbindung zur Partei im Eimer. Nachher wurde ich ziemlich kaltgestellt, und ich war gar nicht böse darüber. Ich habe nie eine Parteiapparatsfunktion innegehabt, sondern immer versucht, von Gewerkschaftsseite aus die Dinge zu meistern und dort Hilfe zu gewähren, wo Hilfe notwendig war. Und ich glaube, wir haben in den Jahren von 1946 bis 1950 eine ganze Reihe von Dingen gemacht. Beispielsweise haben wir für die Bergarbeiter gegenüber anderen eine Zusatzlebensmittelkarte durchgesetzt, die sie bekommen haben. Wir haben Zehntausende von Tonnen freier Kohle gefördert, um den Menschen im Winter Kohlen außerhalb des Planes, der von Karlshorst, von Berlin aus aufgestellt wurde, in die Wohnungen liefern zu können. Und so ging das weiter. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich bedanke mich für diese beiden Beiträge, die an Hand persönlicher Erinnerungen einmal die Schwierigkeiten zeigen, unter denen damals nicht nur Politik gemacht, sondern überhaupt gelebt wurde – es ging um das nackte Überleben –, die zum anderen auch zeigen, wie vielfältig die Schwierigkeiten waren, unter denen man politisch in dieser sich anbahnenden Diktatur arbeiten oder auch nicht arbeiten konnte.

Mir wäre es recht, wenn wir jetzt versuchen könnten, mit meinen beiden

Nachbarn zur Rechten einmal die Formen des Widerstandes, also auch die Frage, wie man sich mit anderen zusammengetan hat, zu erörtern. Es geht ja nicht nur darum, wie die Resistenz des einzelnen einzuschätzen ist – das ist ein wichtiger Punkt bei jeder Widerstandsforschung –; aber Widerstand als solcher beginnt da, wo er organisierte Formen annimmt, wo man sich mit anderen abspricht. Wie ist das gelaufen?

Wir könnten im Anschluß dann noch einmal versuchen zu prüfen, wie es kam, daß eben in dieser frühen Phase der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR eigentlich die organisierte Form der politischen Widerständigkeit nicht an die Opposition der Zeit des Nationalsozialismus anknüpfen konnte.

Vielleicht können Sie beginnen, Herr Finn. Was können Sie uns aus Ihrer Erinnerung sagen? Was waren die Schritte, die man tat, um eben aus dieser Resistenz des einzelnen heraus zum organisierten Widerstand zu kommen?

Gerhard Finn: Ja, meine Damen und Herren, am 17. Oktober 1948 sprachen zum erstenmal in der Öffentlichkeit ehemalige politische Häftlinge aus den damals noch Konzentrationslager genannten Speziallagern der sowjetischen Besatzungsmacht und Geflüchtete aus dem Uranbergbau um Aue über die unglaublich schlechten Verhältnisse, die Unmenschlichkeiten, in diesen Lagern.

Zu der Veranstaltung in West-Berlin hatten die Junge Union, die Jungen Liberaldemokraten Berlins, die Studentenschaft der Freien Universität Berlin, die Liga für Geistesfreiheit und der Demokratische Jugendverband eingeladen. „Nichtstun ist Mord“ war damals unser Motto, später „Schweigen ist Mord“.

An diesem Tag wurde die Organisation einer Gruppe beschlossen, die gegen das neue System der Unmenschlichkeit kämpfen wollte und sich den Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) gab. Die Veranstaltung sollte schon früher stattfinden, doch hatte sich aus Angst vor der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren deutschen Helfern zunächst kein ehemaliger Häftling bereit gefunden, öffentlich über seine Erlebnisse zu reden. Berlin hatte ja noch eine offene Grenze.

Ich habe damals in mehreren Veranstaltungen unter anderem über meine fürchterlichen Erlebnisse als Fünfzehnjähriger – ich sagte es schon – von Dezember 1945 bis Mai 1946 hier im Amtsgerichtsgefängnis Jena berichtet, dem damaligen Sitz einer operativen Gruppe der sowjetischen Geheimpolizei, und dann aus Buchenwald.

Unsere Aufgabe sahen wir damals zunächst in der Information über den Terror in der Ostzone und im Aufbau einer Suchdienstkartei, weil Zehntausende von Deutschen verschwunden waren und noch verschwanden, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren.

Mit von einem Anwaltsbüro geschenkten Karteikarten und einem Karteikasten, den uns die Frau eines RIAS-Redakteurs, der in der Ostzone verschwunden

war, schenkte, habe ich diese Suchdienstkartei im November 1948 begonnen. Wir forderten hierfür in Interviews ehemalige politische Häftlinge auf, uns Namenslisten von verstorbenen oder noch in den Lagern gebliebenen Mithäftlingen zur Verfügung zu stellen.

Unser „Büro“ war zunächst das Wohnzimmer des ersten Leiters der Gruppe, Rainer Hildebrandt, der aus dem Widerstandskreis von Haushofer kam und selbst bei den Nazis in Haft gewesen war. In vielen Diskussionen – ich lege großen Wert darauf, das nachträglich immer wieder zu betonen – haben wir jungen Menschen uns damals gesagt, daß wir nicht den gleichen Fehler wie unsere Väter machen wollten, nämlich zu einer Diktatur zu schweigen. Wir wollten etwas dagegen tun. Und zu einem dieser Gespräche kam um die Jahreswende 1948/49 ein Kriminalbeamter hinzu, der uns fragte, ob wir uns denn überhaupt im klaren darüber seien, mit wem wir uns jetzt anlegten, wer unser Gegner sei: die sowjetische und die Ostzonen-Geheimpolizei. Er gab uns ein paar Tips zum Schutz. Nunmehr legten wir uns Decknamen zu, gingen aus Furcht vor Entführung jeweils auf der linken Straßenseite, also dem Autoverkehr entgegen, und Rainer Hildebrandt legte sich abends die Listen mit den Namen unserer Zeugen für die Häftlingskartei unter das Kopfkissen.

Im Korridor vor dem in demselben Haus angemieteten großen Zimmer, in dem wir inzwischen mit zehn Personen arbeiteten, hingen wir ein großes Schild auf, mit dem wir vor unvorsichtigen Gesprächen warnten. Das waren zunächst unsere Abwehrmaßnahmen. Dieser Korridor war als Warteraum ständig gefüllt mit Menschen aus der ganzen Zone, die ihre verschwundenen Angehörigen suchten. Ich schrieb mit der Hand – eine Schreibmaschine hatten wir nicht – stundenlang und tagelang Karteikarten.

Dann aber kamen die Angehörigen immer öfter mit der Bitte, auch den Namen des Denunzianten des Abgeholt festzuhalten, und überhaupt machte man Angaben über Kommunisten, die selbstherrlich in diesem oder jenem Ort der Ostzone wirkten und ihnen unliebsame Leute verhaften ließen. Man müsse so etwas festhalten, um sie nach der Besatzungszeit, die ja in einigen Jahren vorbei sein würde, zur Verantwortung zu ziehen. Ich fing also eine zweite Kartei an. Meine erste Hilfe war ein junges arbeitsloses Mädchen, das seine Vergewaltigungen durch sowjetische Besatzer nicht in Zahlen, sondern in Stunden angab. Ich sage das, um einmal die Stimmung von damals ein wenig zu beschreiben.

In der Ostzone und aus West-Berlin verschwanden immer wieder Menschen. Der Terror ging weiter und hatte nichts mit der Verfolgung von Nazi- oder Kriegsverbrechern zu tun. Ich füge das hier an, um die damalige Situation der offenen Grenze in Berlin deutlich zu machen und den „Erfolg“, den Zulauf zur KGU, zu erklären. Wir jungen Leute sahen uns plötzlich in der Rolle der letzten Hoffnung für Tausende von Verzweifelten und konnten zunächst nichts tun, als das Unrecht zu kartieren.

Der Terror nahm ungeahnte Ausmaße an. Allein 1950, also im ersten Jahr der DDR, wurden in politischen Prozessen von Sowjetischen Militärtribunalen und DDR-Gerichten mindestens 67 Todesurteile – davon sieben durch DDR-Gerichte – verhängt. Die Militärtribunale verhängten gegen mindestens 210 Personen 4.415 Jahre Arbeitslager, die DDR-Gerichte gegen 93 Personen 676 Jahre Zuchthaus. Vier Personen wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Waldheimer Prozesse sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Nun arbeiteten wir aber alle ehrenamtlich, waren Arbeitslose, Studenten, und mußten unseren Unterhalt woanders verdienen, so daß wir keine geregelten Arbeitszeiten hatten. Wir waren ein gutwilliges Provisorium, das unter den Anforderungen schier zusammenbrach. Und wir waren alle Laien, die einem skrupellosen Apparat gegenüberstanden.

Mit der Zulassung der Kampfgruppe, der KgU, am 23. April 1949 durch die Alliierte Kommandantur – Lizenzträger waren neben Rainer Hildebrandt der junge Schriftsteller Günther Birkenfeld, die Studenten Ernst Benda, der spätere Bundesrichter, CDU, Herbert Geisler und Winfried von Wedel-Parlow, F.D.P. – erhielt die KgU finanzielle Hilfen von der Ford Foundation. Das ermöglichte uns einen geordneten Bürobetrieb und vor allem das Anmieten eines Hauses in Berlin-Nikolassee. Ein aus dem Widerstand gegen die Nazis kommender Büroleiter, Heinrich von zur Mühlen, und später sieben neue Mitarbeiter aus der Kriminalpolizei Berlins waren das Gerüst für die weitere Arbeit. Zunächst geschah dies mit Flugblättern, in denen vor Spitzeln gewarnt und zum passiven politischen Widerstand aufgerufen wurde.

In der Bevölkerung der DDR, vor allem bei der Jugend, regte sich der Widerstand. Die KgU wurde von jungen Leuten geradezu überlaufen, die einerseits Angaben über Spitzel und Vorgänge in der DDR machten und andererseits Flugblätter haben wollten, um den Machthabern und ihren kleinen Ulbrichts zu zeigen, daß sie nicht unbeobachtet seien und zur Verantwortung gezogen würden – eines Tages.

Auch hier wieder der Drang, nach dem Fehlverhalten der Väter nicht wieder durch Schweigen oder Passivität schuldig zu werden. Wir, die jungen Leute, wir fühlten uns in unserer Haltung zur neuen Diktatur in der Ostzone bestätigt, aber niemand konnte sich zunächst vorstellen, daß das Verteilen von Flugblättern, das Werfen von Stinkbomben in SED-Versammlungen zuchthauswerte Delikte waren. Der Staatssicherheitsdienst reagierte äußerst hart. Jeder mit Flugblättern Gefaßte wurde wegen illegaler Gruppenbildung zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Die KgU lehnte deshalb Anfang 1951 jeden Kontakt mit Jugendlichen ab und verteilte ihre Flugblätter dann mit großen Wetterballons, die in West-Berlin und an der Zonengrenze gestartet wurden.

In der DDR bildeten sich aber immer neue Widerstandsgruppen unterschiedlichster Art. Ich erinnere mich noch an einen Jungen meines damaligen Al-

ters, der zur KgU kam, sich vorstellte und die Mitarbeit einer 40köpfigen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, Landesverband Mecklenburg, anbot und stolz einen Ausweis mit Stempel vorzeigte. (Heiterkeit)

Mit Entsetzen habe ich ihm die Gefahr einer solchen, jeglicher Konspiration widersprechenden Organisierung erklärt. Ich habe von dem enttäuscht weggehenden jungen Mann und seiner Gruppe nichts wieder gehört.

So gab es etliche Gruppen, die einen Mann zur KgU schickten. Obwohl es nicht zur Zusammenarbeit kam, wurden sie als KgU-Gruppe dann später zu schwersten Strafen verurteilt. Es wurden aber auch einige Jugendliche, mit denen ich selbst hinterher gesprochen habe, z. B. im Zusammenhang mit Scheunenbränden so lange geprügelt, bis sie eine Verbindung zu der ihnen gar nicht bekannten KgU zugaben. So baute sich das MfS eine Superorganisation KgU auf, die es gar nicht gab, um seinen Terror zu begründen.

Der erste schwere Schlag traf uns dann im Februar 1952, als ein Freund, der 28jährige Chemiestudent Wolfgang Kaiser, nach Ost-Berlin entführt, im August 1952 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Wolfgang hatte in einem Karnickelstall auf unserem Bürogelände aus Buttersäure Stinkbomben zum Stören von SED-Veranstaltungen hergestellt und später mit Schwefelsäure Abwurfvorrichtungen für unsere Flugblattballons konstruiert. In einer großen Propagandaaktion war er zum Chefchemiker der KgU gemacht worden, nachdem er, unter Drogen gesetzt, während des Prozesses die unglaublichsten Dinge zugab.

Damit lief auch eine große psychologische Propagandaaktion an, bei der das MfS alle Register seines skrupellosen Könnens zog, wie es erst nach dem Zusammenbruch der DDR aktenkundig und für viele erst jetzt glaubhaft wurde. Mit zuzugebendem Geschick wurden westdeutsche Politiker und Medien eingeschaltet – der „Stern“ war auch schon damals dabei –, um die Gefahr der KgU für den Weltfrieden darzustellen. Die KgU, die schon ab 1950 zu Spenden für die Menschen in der DDR aufrief – unser Slogan: „Dein Päckchen nach drüben“ –, die Patenschaft der West-Berliner mit den Ost-Berliner Bezirken gefordert hatte – „Stadtgemeinschaft Berlin“ –, den „Freiheitsbund deutsch-russische Freundschaft“ und das „Informationsbüro West“ mitgegründet und schließlich mit Millionen Flugblättern den Slogan „Europa – mein freies Vaterland“ verbreitet hatte, paßte nicht mehr in die damalige politische Landschaft. Mit der Forderung nach einem Wehrbeitrag der jungen Bundesrepublik hatte sie zudem in die Innenpolitik eingegriffen und stand einer großen Partei entgegen.

Unter diesen politischen Aspekten wollten wir trotzdem den Anforderungen vieler, vor allem junger Menschen aus der DDR gerecht werden und – vom sicheren, relativ sicheren West-Berlin aus – ihren Widerstand gegen das SED-Regime unterstützen. Über den RIAS wurden Namen von Spitzeln verbreitet. Informationen, die wir aus allen Lebensbereichen der DDR bekamen, wurden

in Informationsschriften, Broschüren und Flugblättern umgesetzt. Gegen besonders brutale Wachtmeister – meine Spezialität – in den Haftanstalten wurden Steckbriefe versandt. Aus einer sächsischen Haftanstalt wurden mit Hilfe gefälschter Schreiben drei jugendliche Häftlinge entlassen und nach West-Berlin geschleust. Wir waren jahrelang die einzige Organisation, die das neueste Fahndungsbuch der Volkspolizei zur Verfügung hatte und Reisende vor Fahrten durch die DDR warnen konnte.

Das alles führte unter anderem auch dazu, daß die KgU offiziell für die Überprüfung der inzwischen zu Tausenden – Herr Fricke hat es gerade vorhin erwähnt – nach West-Berlin kommenden Flüchtlinge eingesetzt wurde. Hieraus ergaben sich wiederum neue Informationen über den Partei- und Staatsapparat der DDR, die umgesetzt werden konnten.

Wie wurden aber die Informationen umgesetzt? Die KgU schickte Drohbriefe an besonders schlimme Funktionäre der DDR mit dem Hinweis, daß man sie registriert habe und nach der immer noch in absehbarer Zeit erwarteten Wiedervereinigung zur Rechenschaft ziehen werde. Auf gefälschten Briefbogen versandte Parteiausschlüsse, Einladungen zu Besichtigungen von Haftanstalten oder des gerade entdeckten „Spionagetunnels“ an der Sektorengrenze sollten zu Verunsicherungen führen. Aber auch sogenannte administrative Störungen wurden erfunden, indem z. B. Bestellungen von volkseigenen Betrieben untereinander oder im Ausland verschoben oder widerrufen wurden und die Planwirtschaft empfindlich gestört wurde.

Hierzu waren sehr viele tapfere Menschen nötig, Menschen, die wir durch Anwerbung überhaupt nicht hätten zum Widerstand bewegen können. Sie selbst sahen ihre Möglichkeiten und forderten technische Hilfe an oder baten um Veröffentlichung ihrer Informationen. In kleinen Zeitungen für spezielle Gruppen, z. B. für Arbeiter in den Betriebskampfgruppen oder Bauern, Volkspolizisten und andere, wurden Informationen aufbereitet und immer wieder Flugblätter verschickt mit Hinweisen, wie man Spitzeldiensten ausweichen könnte oder sich bei Verhaftungen verhalten sollte.

Allerdings wurden Schlampereien in der Industrie oder Betriebsunfälle dann nach außen als Sabotageakte der KgU oder des Ostbüros der SPD oder anderer Gruppen ausgegeben. Es soll nicht verschwiegen werden, daß das Wissenspotential der KgU auch westliche Geheimdienste anlockte, die Mitarbeiter anwarben, die dann illegal für sie weiterarbeiteten und Aufträge der Geheimdienste als KgU-Aufträge weitergaben.

Natürlich setzte der Staatssicherheitsdienst mit größter Skrupellosigkeit alle Mittel ein. Das ganze Ausmaß wird wahrscheinlich erst durch die Auswertung der MfS-Akten belegbar werden. Mit Menschenraub – ein KgU-Mitarbeiter wurde der internationalen Presse anschließend als Überläufer vorgeführt und saß dann noch zwölf Jahre in Haft –, durch Verhaftung von Widerständlern mit ihren Angehörigen, durch Beschuldigung völlig unbeteiligter Personen

und die Unterstellung von Sabotageakten bei Betriebsunfällen oder -pannen, von Spionage, Mordversuchen, Sprengversuchen, Bespitzelung westdeutscher Politiker und ähnlichen Unsinn wurden einerseits das Bild einer ungeheuer großen und skrupellosen Widerstandsorganisation gezeichnet und andererseits die Gefährdung des Friedens und der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beschworen.

Jeder verstorbene Mitarbeiter der KgU verstarb angeblich an Gift, das ihn als Mitwisser dunkler Machenschaften beseitigte. Was aber stets fehlte, war eine gesprengte Brücke oder ähnliches – der Staatssicherheitsdienst hatte eben immer rechtzeitig zugreifen können.

Als sich die KgU unter dem nicht mehr auszuhaltenden politischen Druck und wegen des Terrors der DDR gegen jede Opposition im März 1959 selbst auflöste, waren wegen wirklicher oder angeblicher Verbindung zu ihr – in einigen Fällen auch wegen zusätzlicher Verbindung zu allen möglichen anderen Organisationen – 14 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, neun saßen in lebenslanger Haft, mindestens 73 Menschen waren zu 1.330 Jahren Arbeitslager und 52 zu insgesamt 397 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Die Zentralkartei der KgU mit den dazugehörenden Akten übernahm die Organisation Gehlen, die Suchdienstkartei übernahm das Deutsche Rote Kreuz. Sie leistet heute gute Hilfe bei der Auswertung der sowjetischen Archivunterlagen.

Ein Wort zum Schluß: Am 17. Juli 1982 verurteilte das Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt den 19jährigen Schüler Enrico Seewald und den gleichaltrigen Rocco Schettler zu fünf bzw. viereinhalb Jahren Freiheitsentzug und 4.000 Mark Geldstrafe, weil sie 430 selbstgefertigte Flugblätter verteilt hatten. Die DDR ist auch deshalb zugrunde gegangen, weil sie die denkende Jugend nicht für sich gewinnen konnte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sehen jetzt schon zweierlei. Wir sehen auf der einen Seite, daß die Widerstandstätigkeit in legalen Organisationen, also in Parteien wie der CDU, im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, selbstverständlich völlig andere Formen hatte als – auf der anderen Seite – in bewußt auf Kampf gegen die SED-Diktatur gerichteten illegalen Organisationen. Die wirkten mit Unterstützung von außen her systematisch im Innern und hatten natürlich auch entsprechende Opfer zu bringen. Auch von der Organisationsform erinnert das sehr stark an das, was wir in den ersten Jahren der Nazidiktatur an Widerstandsformen haben.

Darüber hinaus ist es aber auch wichtig zu sehen, daß das politische Spektrum dieses Widerstandes sehr breit ist. Es reicht von den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften über die CDU bis zur KgU und damit eben auch – und damit

komme ich zu Ihnen, Frau Graul – bis hin zum „Bund Deutscher Jugend“, der damals als eine Rechtsaußenorganisation gegolten hatte.

Ich frage jetzt also: Wie hat Ihre Organisation zu dieser Zeit gewirkt?

Elisabeth Graul: Vielleicht sollte ich doch damit beginnen, noch einiges zu meiner Motivation zu sagen.

Ich komme aus dem kulturellen Sektor, und wir haben uns nach 1945 begeistert in all das hineingestürzt, was sich an Kultur regte. Die Theater spielten wunderbare, völlig unbekannte Stücke. Literatur wurde uns weitergereicht. Die konnten wir nicht kaufen, aber sie wurde uns langsam von der anderen Seite oder Lehrern oder Älteren vermittelt. Ich weiß, ich habe damals zum erstenmal Hemingway gelesen und war tief beeindruckt. Wir saßen in jedem Konzert, in kalten Sälen, mit Wintermänteln bekleidet. Aber wir waren eben da und bereit, uns einzubringen für diese neue Demokratie.

Was um uns herum geschah, wurde immer bedrohlicher. Da gab es also Vergewaltigungen der Besatzungsmacht; ich selber bin knapp einer entgangen, weil ein beherzter deutscher Mann dazwischensprang, als der Russe mich in ein Haus hineinzerrren wollte. Es gab Enteignungen, die völlig unverständlich waren, Besetzungen von Häusern, die dann ganz schnell verwahrlosten. Aber was für mich am gravierendsten war: Es verschwanden Menschen, und man wußte nicht, wohin und warum. In meiner Nachbarschaft passierte es, daß Bekannte plötzlich weg waren. Da war ein Mann, von dem man sich ziemlich sicher war, daß er nie irgend etwas Böses getan hatte, aber er war nicht sehr beliebt. Wie sich später herausstellte, als ich mit den SMT-Verurteilten zusammenkam, hatte eine Denunziation ausgereicht, um einen Mißliebigen einfach verschwinden zu lassen. Die Besatzungsmacht kam und entführte ihn, und es war also für die Angehörigen über Jahre hin nicht möglich zu erfahren, wo er war und ob er überhaupt noch lebte.

Es passierte sehr schnell, wenn man irgendwo eine anderslautende Meinung hatte, daß man zum Oppositionellen erklärt wurde, was zu sein ja nicht gestattet war. Man war ein Andersdenkender und ein Fortschrittsfeind. Das ging also ganz fix.

Ein Schlüsselerlebnis für mich, ehe ich nach West-Berlin zur letzten Phase meines Studiums ging, war eine Studentenvollversammlung in Weimar. Da führte die FDJ das große Wort, und es sollte eine Resolution angenommen werden; ich weiß heute den Text leider nicht mehr. Es wurde darüber abgestimmt: „Wer ist dafür?“ Die meisten waren dafür. „Wer ist dagegen?“ Natürlich keiner. Und dann meldeten sich aber immerhin einige bei der Frage nach der Stimmenthaltung. Da sagte der Leitende dieses Forums: „Halt mal, diese Namen wollen wir registrieren.“

In West-Berlin zu studieren, war damals eine legale Angelegenheit. Ich hatte weiter meinen Hauptwohnsitz in Erfurt und den zweiten Wohnsitz in West-

Berlin. Ich bekam weiter Lebensmittelmarken, war aber als Studentin dort mit einem minimalen Währungsstipendium in Höhe von 65 Mark versehen. Man konnte zur Not leben, wenn man einen Teil dieses Westgeldes wieder zurücktauschte.

Meine erste Tat innerhalb dieses Widerstandskreises – mein Vetter kannte den Leiter des Widerstandskreises, Wolfgang Kaufmann, der die Sache damals einrichtete, also durch die DDR reiste und in Bekanntenkreisen, unter Schulkameraden usw. Mitglieder warb – war, daß ich an der Wahl in Erfurt teilnahm und beobachtete, was sich tat. Es war die Wahl im Oktober 1950, die erste Volkskammerwahl.

Wir haben dann am nächsten Tag in West-Berlin über diese Wahl berichtet. Der RIAS und einige Presseleute waren dabei – was es damals an prominenten Zeitungen in Berlin gab. Wir saßen hinter einem Vorhang verborgen, haben berichtet, auf Fragen geantwortet und geschildert, was sich bei dieser sogenannten Wahl tat, daß man gar nicht in der Lage war, irgend etwas überhaupt zu wählen. Da war also ein Zettelchen, das man in eine Urne gleiten ließ. Und das war es dann. Hinter diesen Karton, der sich als sogenannte Wahlkabine darstellte, ging eigentlich niemand, weil sich davor einige Leute sehr sichtbar herumtrieben, von denen man fürchten mußte, das sie einfach beobachteten. Sicher war es auch so.

Das war also die erste Tat. Dann wurde von diesem Widerstandskreis ein erstes Parlament durchgeführt. Das war im Dezember 1950. Da haben wir durch Bahnfahrten – schriftlich war das nicht zu machen, Telefon gab es nicht, wäre auch zu gefährlich gewesen – unsere schon vorhandenen Mitglieder zusammengeholt. Es waren vielleicht so 30 Leute, die sich in Berlin im Haus des West-Berliner Verbandes des „Bundes Deutscher Jugend“ trafen. Es wurde nun überlegt und zum Teil von Paul Lüth, der den westdeutschen „Bund Deutscher Jugend“ leitete, gesagt, was zu tun sei.

Da waren einmal die Nachrichtenübermittlungen, also Informationssammlungen über das, was sich in dieser – es hieß ja damals für uns nicht DDR, sondern immer noch Ostzone – Ostzone tat, welche Zustände an den Universitäten, an den Schulen, in der Landwirtschaft, in den Betrieben herrschten, wie die Meinung der Bevölkerung war. Solche Dinge wurden nach Frankfurt übermittelt.

Dann haben wir von dort Plakate und Flugblätter bekommen. Auf den Flugblättern stand z. B. „Wehrt euch!“ oder „Euer Nein gegen die Volkspolizei!“ oder „Vorsicht, NKWD hört mit!“ und dergleichen. Wir haben an Wände geschrieben „Wehrt euch!“ und ähnliche Parolen.

Dann haben wir uns Gedanken über Hilfsaktionen gemacht. Wir haben wissenschaftliche Bücher für Studenten in der Ostzone organisiert, damit einfach eine Unterstützung für den Bildungsstand da war. Wir haben organisiert, daß Rentner z. B. getragene Schuhe geschickt bekamen. Wir haben Lebens-

mittelhilfssendungen für sehr Bedürftige organisiert. Wir haben versucht, einen Austausch für Studenten zu organisieren, die eventuell auch einmal an westlichen Studentenlagern teilnehmen durften. Und wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie dieser inzwischen doch sehr viel kältere als Kalte Krieg sich weiter entwickeln würde, wenn er eines Tages wieder in einen heißen überginge. Wir haben uns schon damals Gedanken gemacht, wie ein gesamtes Deutschland nach einer Wiedervereinigung aussehen sollte.

Es gab noch ein zweites Parlament im April 1951. Das Parlament, das inzwischen noch geplant war, konnte nicht stattfinden, weil einen Tag vor diesem Parlament plötzlich in der West-Berliner Presse stand: „Die Freiheitsjugend der Sowjetzone trifft sich am Soundsovielten in dem und dem Haus“ – einem Haus direkt gegenüber dem Botanischen Garten, und es hätte also nur jemand mit einem Fotoapparat da stehen und fotografieren müssen, wer in dieses Haus ging; da wären wir schon damals aufgefliegen.

Wir haben damals Paul Lüth sehr scharf zur Rechenschaft gezogen, der es weit von sich wies, daß er irgendeine Aktie daran hätte. Es ist bis heute ungeklärt, wie diese Sache in die West-Berliner Presse kam.

Es haben sich leider dann noch mehrere negative Dinge ereignet. Als wir über unsere eventuelle Störtätigkeit bei den 3. Weltjugendfestspielen sprachen, die im August 1951 stattfinden sollten, waren also z. B. auch Elke Peters aus der Frankfurter Zentrale da, Norbert Hamacher und andere. Und es kamen von Elke Peters solche Vorschläge wie, wir sollten Abfuhrmittel in die Essenkübel der Teilnehmer tun. Da gingen wir auf die Barrikaden, weil wir ja idealistische Vorstellungen darüber hatten, was man gegen diesen Staat tun sollte, und keine Terrormaßnahmen wollten.

Bei mir hatte sich mit der Zeit immer mehr der Verdacht verstärkt, daß hier ziemlich starke Rechtstendenzen vorhanden waren, die überhaupt nichts mit unserem Denken zu tun hatten. Ich bin einmal auch in dem Erholungsheim des BDJ in Laufach gewesen. Da war ein Keller, wo Schießübungen veranstaltet wurden. Meine Bedenken wurden immer größer. Ich habe mich dann Anfang Juni 1951 mit Paul Lüth überworfen. Es ging darum, daß das Kaiser-Ministerium eine Prämie von 60.000 DM für einen DDR-typischen Film ausgesetzt hatte. Das gab er dem Sekretariat, zu dem ich gehörte, in West-Berlin bekannt und sagte: „Natürlich werden wir da unser kostbares Leben nicht selbst aufs Spiel setzen, sondern wir kaufen uns einen kleinen Gangster, der das für uns macht.“ Daraufhin sagte ich zu ihm: „Wir werden uns keinen kleinen Gangster kaufen. Unser kostbares Leben ist uns nicht zu schade, wenn es um solche Dinge geht.“ Daraufhin sagte er: „Typische Kunststudentenansichten! Wenn ich etwas erreichen will, ist mir jedes Mittel recht.“ Daraufhin habe ich ihm wörtlich geantwortet: „Das hat vor dir schon jemand gesagt, und das Ende waren Konzentrationslager!“

Das war das Ende unserer Widerstandstätigkeit. Ich habe damals den Raum

verlassen. Die anderen Mitglieder wurden informiert. Das war der 4. Juni 1951.

Die Verhaftungen begannen am 23. Juli 1951, also sechs Wochen später. Paul Lüth hat auf einem dieser Parlamente einmal gesagt: „Wenn man euch schnappt, hole ich euch wieder heraus. Ich habe die besten Verbindungen zum Staatssicherheitsdienst in Halle. Ich erwarte von euch, daß ihr zwei Tage schweigt. Mehr kann man von euch nicht erwarten, da man ja die Methoden des Staatssicherheitsdienstes kennt.“

Das sind die Dinge, die vorgefallen sind. Ich habe leider bis heute nicht klären können, wie unsere Verhaftungen zustande kamen. Es ist auch noch vorher ein Kurier von uns verschwunden. Herauszubekommen, ob er verhaftet wurde, ob er untergetaucht war, ist mir leider auch nicht gelungen. Es steht noch meine Einsicht in die Akten aus, die sehr umfangreich sind. Aber dies, finde ich, ist eine wichtige Sache, die auch bekannt sein müßte; denn Herr Paul Lüth starb 1985, hochgeehrt, z. B. durch einen Artikel im „Spiegel“, welche Verdienste er sich erworben hat. Er hat einen Haufen Bücher geschrieben, die sicherlich nicht viel besser als seine Literaturgeschichte von 1951 waren, die Herr Rilla auf eine Weise auseinandergenommen hat, die schon peinlich war – auch wenn Herr Lüth damals sagte, das sei das beste Geschäft seines Lebens gewesen, weil die Leute nach dem Verriß das Buch erst einmal richtig gekauft haben. Das zur Charakteristik dieses Mannes. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Danke schön. Ich glaube, ein solcher Beitrag ist besonders wichtig, weil er zeigt, wie der Freiheitswille und Enthusiasmus junger Menschen, die etwas verändern wollen, die sehen, wie diese Diktatur immer kälter wird – wie Sie das so gut beschrieben haben –, natürlich auch von Gruppierungen, wie diesem später verbotenen „Bund Deutscher Jugend“ ausgenutzt wird. Dieser wollte mit seinen rechtsradikalen Vorstellungen sicher etwas ganz anderes als die Freiheitskämpfer, die als Teil dieser Organisation in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR handelten.

Es wird hier der Unterschied zwischen jenen Formen der Ablehnung des Systems deutlich, wie sie sich in den verschiedenen Organisationen zeigen. Wir wollen allen vier Zeitzeugen die Möglichkeiten geben, kurz vorzubringen, was sie für spezifisch wichtig an der gesamten Widerstandsvorstellung halten, und dann den Herren Abgeordneten und Sachverständigen die Möglichkeit geben nachzufragen, damit Sie darauf antworten können.

Herr Prusko, bitte.

Georg Prusko: Kurz ein Problem, das auch in dieses Thema hineingehört: In den Jahren 1947/48 haben wir in Dresden damals als Jugend der CDU – es gab ja keine Junge Union drüben – über die Verfassung der DDR, die kommen sollte, diskutiert. Wir wollten in den Diskussionen, daß in diese Verfassung auch die Wehrdienstverweigerung eingebaut wird. Wir waren uns

einig – Wolfgang Ulrich mit seinem Vorstand – und hatten Verbindung zur LDP aufgenommen. Wir wollten auf einer Landestagung der FDJ in Dresden unsere Meinung vortragen.

Wir wollten uns eine Stunde vorher treffen. Leider sind die Kollegen von der LDP nicht dazu gekommen. Einer von ihren Vertretern war ein Herr Mischnick. Ich weiß nicht, ob es der gleiche war, der heute im Bundestag ist. Ich kann es heute nicht mit Sicherheit sagen. (Zuruf: Er ist es!)

Die sind also nicht gekommen, und uns als Jugend der CDU hat man dann von seiten der FDJ verweigert, an der Veranstaltung teilzunehmen, obwohl ich als Jugendleiter der Versicherungsanstalt hätte teilnehmen dürfen. Man hat uns auf diese Art die Möglichkeit abgeschnitten, einen Vorschlag zu bringen, wie in die Verfassung der DDR auch die Wehrdienstverweigerung eingebaut werden sollte.

Vielleicht würde mehr zu weit führen. Ich bin gern bereit, noch einige Beispiele aus der politischen Arbeit drüben dem Ausschuß schriftlich zuzuleiten. (Beifall)

Adam Wolfram: Ich will noch eines nachtragen. Eine organisierte Widerstandsbewegung konnte nach der völligen Machtergreifung der Kommunisten in der SED gar nicht mehr existieren. Es gab Einzelkämpfer. Es gab Einzelmenschen, die nach wie vor gegen das System ankämpften, Informationen nach dem Westen gaben, mit dem Westen korrespondierten, auch durch heimliche Besuche. Aber, wie gesagt, das war keine durchgehende Organisation, weil die sehr schnell vom Staatssicherheitsdienst ausgehoben worden wäre.

Aber wir Älteren, die wir alle keine Freunde dieser Entwicklung, doch alle größtenteils in wichtigen Funktionen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Kommunen waren, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte – alle diese Leute waren einer Auffassung, nämlich alles zu tun, um die Sowjetisierung des ganzen Systems unserer Gesellschaft zu verhindern oder zu verlangsamen, den Menschen zu helfen, wo es möglich war.

Wir kamen zusammen, wenn Landtagssitzungen waren. Nach der Sitzung kamen wir ins Kasino zum sogenannten Raucherklub des Präsidenten, und dort waren wir zehn, zwölf Freunde, die in wichtigen Funktionen des Landes saßen, und berieten dann, was wir in diesem oder jenem Fall tun können.

Ein Beispiel: Anfang 1947 lagen dem Landtag 1.300 Einsprüche gegen die Enteignung vor. Ein Mordskrach im Lande! Und selbst in Berlin, im Parteivorstand der SED, hatten sie Bauchschmerzen, wie das zu bewältigen wäre. Es wurde von Berlin angeordnet, im Lande eine Kontrollkommission zu bilden, und diese Kontrollkommission sollte die gesamten Einsprüche im Landtag prüfen und entscheiden.

Die zweite Empfehlung von Ulbricht war, daß dieser Ausschuß, der sich aus den Parteien des Landes, den Gewerkschaften und Massenorganisationen

zusammensetzen sollte, möglichst einmütige Beschlüsse fassen sollte. Da heißt also, die SED-Mitgliedermehrheit sollte nicht ohne weiteres die festgelegte Enteignung vollziehen oder aufheben, sondern das sollten alle tun.

Ich kann Ihnen sagen, wir haben monatelang gearbeitet und unglaubliche Dinge festgestellt. Da wurde ein Friseur verhaftet, weil irgendwo beim Rasieren ein Mann eine Bemerkung gegen die Besatzungsmacht gemacht hatte. Er wurde enteignet. Da waren ein Fleischer, ein Schuster, da waren ganze Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte betroffen. Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, die noch in Gefangenschaft waren, hat man als Kriegsverbrecher bezeichnet und ihren Betrieb enteignet.

Wir haben von diesen 1.300 über 600 wieder aufgehoben, so daß die Enteignung zurückgezogen wurde und die Leute ihr Eigentum wieder bekamen. Später hat man es ihnen doch wieder weggenommen. Aber als ich 1952 schon in Dortmund wohnte, habe ich noch Briefe von damals Enteigneten bekommen, die sich dafür bedankten, daß wir ihre Enteignung aufgehoben hatten und sie wieder in den Besitz ihres Eigentums gekommen waren.

Solche Dinge kamen ständig vor, und bis zu dem großen Schauprozeß, der schon erwähnt wurde, haben wir, die alten Verantwortlichen, in den verschiedenen Ämtern zusammengehalten und versucht, das Schlimmste zu vermeiden. Dann war der Kreis gesprengt. Herwegen und ein anderer wurden zu 15 Jahren verdonnert, einer wurde nach Berlin versetzt, ich wurde entlassen. Und der Kreis, der immerhin noch jahrelang die Dinge zusammengehalten hatte, wurde völlig zerschlagen, und damit war natürlich die Opposition erledigt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank. Ich denke, hier sehen wir doch sehr deutlich, daß innerhalb dieser Einheitspartei – das gilt ja auch für diejenigen, die wie Wolfram im FDGB arbeiteten – in dieser Frühphase das, was Herr Fricke schon erwähnt hat, nämlich der Prozeß der Stalinisierung, auch bedeutet hat, den Widerstand in der Partei selbst zu brechen. Das war natürlich in erster Linie der Widerstand der Sozialdemokraten, die durch die Vereinigung auch in Positionen gekommen waren und diese entsprechend nützten. Das war spätestens in dieser Phase vorbei.

Ich denke aber, wenn wir dieses Thema Widerstand und Opposition behandeln, sollten wir darauf verweisen, daß es auch innerhalb der SED selbst sogar einen kommunistischen Teil gab, der, aus welchen Gründen auch immer, gegen die Politik der Führung Front machte.

Wir sind hier in Thüringen, und ich möchte daran erinnern, daß es auch unter diesen Kommunisten Schicksale gab, die den angeführten sehr ähneln. Es war der preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt aus Erfurt, der als Kommunist in der Weimarer Republik zweieinhalb Jahre im Gefängnis saß, der unter Hitler dann vier Jahre im Zuchthaus war und der von der sowjetischen

Besatzungsmacht 1948 zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren „begnadigt“ wurde. Warum? Er war ein Mensch, der die kommunistischen Ideale als richtig ansah und entsetzt war, was da in Wirklichkeit herausgekommen ist.

Das hat natürlich auch für die schon erwähnte Janka-Harich-Gruppe gegolten. Das heißt also, die Breite dieser Oppositionswelle gerade in dieser Frühphase zeigt, wie schwierig es auch für Ulbricht und seine Leute war, diese völlige Übertragung des Stalinschen Systems durchzusetzen – nicht nur gegen den Widerstand breiter Kreise, die hier Freiheitsideen aufrechterhielten, sondern bis in die eigenen Reihen hinein. Ich glaube, das hängt auch damit zusammen, daß in der Jugend selber gerade nach dem Ende der NS-Diktatur und wegen der Tatsache, daß viele umlernen mußten, weil sie nachgelaufen waren, eine freiheitliche Stimmung vorhanden war. Ich wäre dankbar, wenn wir dazu etwas sagen könnten.

Gerhard Finn: Wie Herr Fricke schon sagte – so schätze ich das ein –, war in den ersten Jahren nach dem Kriege keine Opposition da, auch nicht unter der Jugend. Aber es kamen dann ja immer mehr die Jugendlichen aus den Speziallagern. Dort saß ein Haufen Jugendlicher. Die kamen heraus und erzählten, was los war, was in den Speziallagern vorgegangen war, die zumindest äußerlich den Konzentrationslagern ähnelten.

Wir hatten immer das Gefühl: Jetzt sind wir dran. Die etwas ältere Generation war durch den Krieg zerschissen, demoralisiert, traute sich zum Teil gar nicht, weil sie sagten: „Mein Gott, wir haben ja mitgemacht!“ Es gab das Gefühl – aus den vielen Diskussionen, die ich damals hatte, weiß ich es –, bei den ganz Alten sowieso, aber auch bei den mittleren: „Mein Gott, wir haben mitgemacht.“ Sie fühlten sich auch betrogen, aber sie zogen daraus die Konsequenz: „Wir können jetzt nichts tun, wir haben die Schnauze voll.“

Wir wurden ja damals überhaupt erst einmal mit all diesen Dingen vertraut gemacht, bekamen den ganzen Naziterror, die Judenverfolgung usw. erst einmal mit. Das haben wir voll aufgenommen und gedacht: „Um Gottes willen, was ist da passiert! Was haben die Älteren alles angerichtet!“

Wir fühlten uns gegenüber dem, was in der Ostzone passierte, als Fortsetzer des Widerstandes gegen die Nazis. Ich sage es ehrlich, wir fühlten uns geradezu verpflichtet zu diesem Widerstandskampf, der gegen die Nazis keinen Erfolg hatte. Wir wollten Erfolg haben. Die Besatzung konnte ja nur ein paar Jahre dauern, so schätzten wir das ein. Wir wollten uns ganz bewußt in diese Richtung stellen.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich persönlich hat dann am tiefsten die Agitation der SED getroffen, wir seien Faschisten. Das hat mir beinahe die Beine weggehauen, weil wir gerade aus einem Antinationalsozialismus, aus einem Antifaschismus heraus tätig waren und nun eigentlich diskriminiert wurden.

Ich bin froh, daß die jungen Leute aus dieser Zeit den Widerstand dann weitergetragen haben. Gut, er mußte ganz andere Formen annehmen, als wir merkten, daß die sowjetische Besatzungsmacht stand. Es wurde eine DDR gegründet. Es war also kein schneller, unmittelbarer Erfolg zu erreichen. Wir konnten also nur mildern, mindern, warnen vor dieser Zeit.

Aber ich muß sagen, es war damals sehr viel Enthusiasmus in den Trümmern von Berlin und in den Trümmern der Ostzone, der uns bewogen hat, dieser neuen Diktatur entgegenzutreten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank, Herr Finn. Ich habe inzwischen von den Abgeordneten und Sachverständigen bereits acht Wortmeldungen zu Fragen. Frau Graul, wenn Sie vielleicht ganz kurz zum selben Thema ergänzen können? Dann bekommen Sie ja alle noch genügend Zeit, wenn Sie gefragt werden.

Elisabeth Graul: Ich will nur noch zwei Dinge ganz kurz ergänzen. Wir haben natürlich, so jung und voller Idealismus, wie wir damals waren, Politik gemacht, ohne etwas von der Politik zu verstehen. Ich vermute, daß wir das Aushängeschild im Osten für den „Bund Deutscher Jugend“ im Westen waren. Außerdem brauchte Paul Lüth für seine Jugendorganisation ja auch Gelder, und die mußte er bei irgendwelchen Sponsoren bekommen. Ich vermute, daß er dann immer gesagt hat: „Seht, was wir im Osten tun!“ Das ist das eine.

Zum zweiten glaube ich, daß uns die DDR schon sehr ernstgenommen hat. Wir haben sie sehr gestört, und wir haben sie sicherlich auch beunruhigt. Und was Herr Fricke vorhin sehr richtig sagte: Vielleicht wäre manches noch schlimmer geworden, wenn nicht auch wir uns eingebracht hätten. Die Höhe der Strafen, die wir bekamen – drei von den Hauptangeklagten hatten lebenslänglich, drei fünfzehn, drei zwölf, drei zehn Jahre, es war säuberlich verteilt –, beweist ja, daß wir als Gegner ernstgenommen worden sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich danke den Zeitzeugen für diese erste Diskussionsrunde. Wir werden jetzt weiterfragen. Ich glaube, gerade die letzten Anmerkungen haben gezeigt, daß hier nach 1945 dieser Freiheitswille von der SED als ärgster Feind für den Aufbau ihrer Diktatur erkannt wurde. Das ist etwas, was sie natürlich nicht erwartet hat, obwohl einer der meistzitierten Autoren in der DDR, ein Mann aus dem 19. Jahrhundert, einmal von dem den Menschen innewohnenden Freiheitswillen und der Kraft der Demokratie gesprochen hat. Das hat die SED wohl nicht gelesen. Das stammt von Friedrich Engels. (Heiterkeit)

Ich darf zunächst Herrn Passauer das Wort geben.

Sv. Martin-Michael Passauer: Jede Frage, die ich jetzt stelle – ich habe vier – ist auch von Dank oder Hochachtung Ihnen gegenüber getragen. Es ist vielleicht etwas spät, wenn Sie das jetzt hören, aber ich will zumindest